

Vorfreude aufs Neun-Euro-Ticket

VON DOROTHEE KRINGS

Das Neun-Euro-Ticket erlebt gerade eine typisch deutsche Karriere. Erst das Staunen darüber, dass auch hierzulande mal was rausgehauen wird. Einfach so. Für alle. Keine Staffellungen, keine Anträge, keine Berechtigungsprüfung. Einfach fast freie Fahrt für freie Bürger. Booster für Bus und Bahn. Doch die Vorfreude hat sich längst getrübt. Und natürlich gibt es gute Gründe für Kritik am Neun-Euro-Ticket, weil damit Subventionen ausgegossen werden, weil es punktuell und zeitlich begrenzt wirkt statt strukturell. Weil es viel Geld kostet, das nachhaltiger in die marode Infrastruktur hätte fließen können. Alles wahr. Aber könnte es sein, dass dieses Ticket den Leuten ein paar positive Ausblicke für den Sommer beschert? Und dass es gute Effekte haben könnte, wenn es nicht totgekrittelt wird?

Schließlich gibt es auch andere Subventionen, die besser in den öffentlichen Nahverkehr fließen. Außerdem muss man sich ja nicht in überfüllte Züge nach Berlin quetschen, man muss nicht 1001 Stunden nach München gondeln oder an die Strände von Sylt, nur weil das ginge. Man kann das Neun-Euro-Ticket einfach für die vielen Kurzstrecken nutzen, für die man sich sonst im Auto durch die Städte quält, Parktickets zieht, Knöllchen kassiert. Gut möglich, dass es Menschen nach der Corona-Entwöhnung wieder auf den Bus- und Bahn-Geschmack bringt. Und zwar in allen Gesellschaftsschichten. Das wird aber schwierig, wenn statt Vorfreude Häme grassiert. Und sich nur noch negative Erwartungen erfüllen können.

Man kann das Neun-Euro-Ticket auch verwenden, um das zu tun, was viele während der Pandemie doch für sich entdeckt haben: für Nahurlaub. Jenseits der Stoßzeiten. Auf den anderen Routen, die ins Bergische führen, in die Eifel, an den Niederrhein. Man wagt es kaum zu sagen, aber das könnte schön werden. Und das Ticket ein Erfolg.

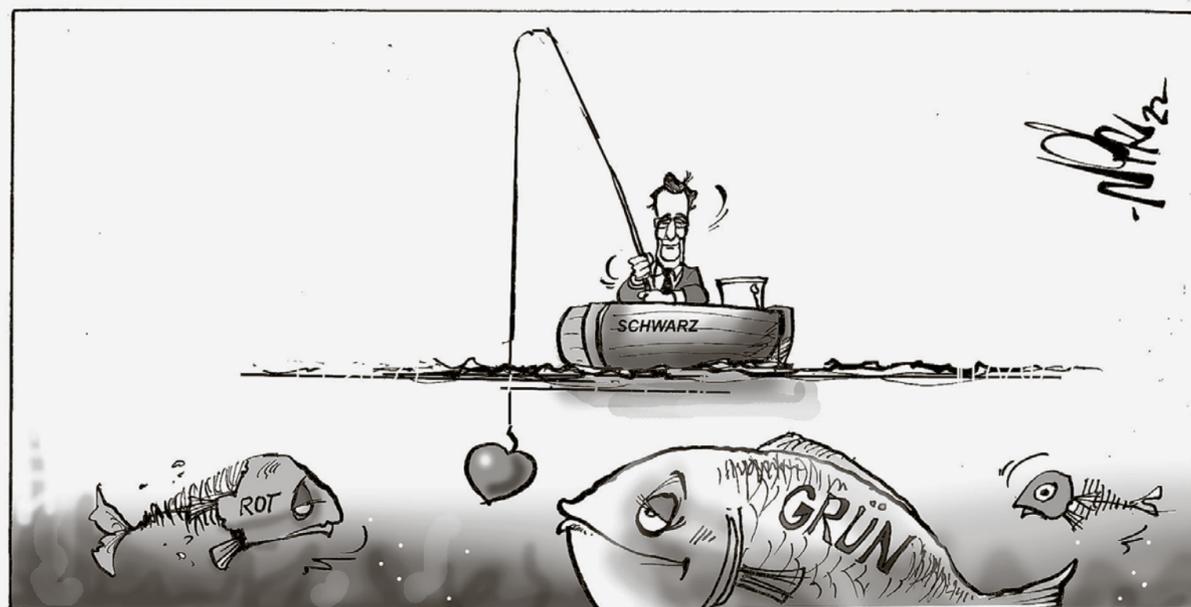
Der Kanzler muss besser kommunizieren

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Der Kanzler im Militärtransporter. Der Kanzler bei deutschen Kampfschwimmern in der Wüste. Der Kanzler im Gespräch mit Journalisten im Flugzeug. Die Reise nach Afrika ist auch eine Kommunikationsinitiative, für Olaf Scholz bislang eher ungewöhnlich. Doch er muss sein Image der vergangenen Wochen korrigieren. Seine Haltung zum Krieg in der Ukraine, eher zurückhaltend, abwägend, ist gar nicht so unbeliebt in der Bevölkerung – aber er dringt mit seinen Botschaften nicht so durch, wie er das gerne hätte.

Seine Art der Kommunikation hat sich in den vergangenen Wochen erschöpft. Scholz braucht mehr kommunizierende Röhren. Scholz braucht mehr Rückkopplung in seine Partei und in die Fraktion. In der Partei ist man entsetzt über die Leistung von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, an der Scholz festhält. Man kann ahnen, dass es auch darum geht, dass er bei einer Personalie, die er entschieden hat, nicht zurückrudern will. Zumal Lambrecht auch die Geschlechterparität im Kabinett, die er versprochen hatte, aufrechterhält. Doch die Empörung über mangelndes Fingerspitzengefühl und auch die Beschwerden aus dem Ausland sind kaum zu überhören. Der Kanzler muss hinhören, sich rückkoppeln – in die Länder und auch in die Opposition. CDU-Chef Friedrich Merz fordert diese Einbindung, und in Kriegszeiten hat er auch ein gewisses Recht darauf.

Vielleicht ist es der SPD-Politiker Scholz, der den Deutschen bald sagen muss, dass das Leben, das sie kannten, so nicht mehr weitergeht. Dass nichts mehr selbstverständlich so ist, wie es vor der Pandemie und vor dem Krieg in Europa war. Aber auch die Hoffnung vermitteln, dass in Veränderungen Chancen stecken. Scholz braucht einen langen Atem. Bisher hat er ihn bewiesen. Doch ohne das Mitnehmen vieler auf seinem schwierigen Weg wird es nicht gehen.



DIE AUSWAHL

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Ein Datenleck enthüllt, wie brutal die kommunistische Führung in Peking die Minderheit der Uiguren unterdrückt - obwohl sie ganz anderes behauptet. Der Besuch der UN-Menschenrechtskommissarin wird zur Farce.

Chinas Lügengebäude

VON FABIAN KRETSCHMER

Bereits am Montag schraubte Michelle Bachelet die Erwartungen an ihre China-Reise merklich herunter. Es handele sich um keine „Untersuchung“, stellte die UN-Menschenrechtskommissarin bei einem Videogespräch mit Pekinger Botschaftsvertretern fest. Der erste Auftritt der ehemaligen chilenischen Präsidentin ließ auch keinen Zweifel mehr daran, dass sie seit ihrer Ankunft die vollständige Kontrolle über die Informationshoheit aufgegeben hat: Außenminister Wang Yi überreichte Bachelet im Blitzlichtgewitter der Staatspresse eine Buchkopie von „Xi Jinping über die Achtung und den Schutz der Menschenrechte“. Nur wenige Minuten später publizierte die Regierung eine Mitteilung, in der es wortwörtlich heißt: „Bachelet gratulierte China zu seinen wichtigen Errungenschaften beim Schutz der Menschenrechte.“

Zum ersten Mal seit 17 Jahren lässt die Volksrepublik wieder eine UN-Menschenrechtsvertreterin ins Land. Mehr noch: Bachelet wird bei ihrem mehrtägigen Besuch die abgelegene Region Xinjiang bereisen, wo der chinesische Staat ein flächendeckendes System an Umerziehungslagern aufgebaut hat, um die muslimische Minderheit der Uiguren mit brutaler Repression gefügig zu machen. Auf den ersten Blick ist es also erfreulich, dass die chinesische Regierung endlich ihre Pforten öffnet.

Doch wer die Entwicklungen der vergangenen Jahre unter Staatschef Xi Jinping mitverfolgt hat, kann auf die kommenden Tage nur mit äußerster Skepsis blicken: Peking ist schließlich nicht mehr im Ansatz gewillt, sich mit Kritik aus dem Ausland auseinanderzusetzen – weder im öffentlichen Diskurs noch hinter den Kulissen. Das wird durch die Umstände von Bachelets Besuch unterstrichen, die einer UN-Vertreterin unwürdig sind: Internationale Medienvertreter sind nicht zugelassen; zudem darf sich die 70-Jährige nicht einmal frei be-

wegen. Ihre Reise werde in einem „closed loop“ stattfinden, heißt es. Im Klartext: Die Kommissarin wird vollständig abgeschirmt – offiziell, um das Coronavirus nicht zu verbreiten. Dabei muss die Pandemie-Bekämpfung erneut als Vorwand für politische Zensur herhalten.

In Xinjiang ist die Lage ohnehin nicht mehr mit dem bloßen Auge zu erfassen: So war bis zum Jahr 2019 der dystopische Polizeistaat in der Region ganz offen sichtbar, etwa in Form von militärischen Checkpoints und omnipräsenten Stacheldrahtzäunen. Mittlerweile ist die Überwachung subtiler geworden, auch weil die Bevölkerung die Angst vor den Autoritäten längst verinnerlicht hat. Doch verbessert hat sich die Lage für die Uiguren seither nicht: Viele Umerziehungslager wurden zu „Fabriken“ umdeklariert, wo die Insassen mutmaß-

lich Zwangsarbeit verrichten. Andere politisch Verfolgte wurden schlicht in gewöhnliche Gefängnisse transferiert.

Umso aufschlussreicher sind die sogenannten Xinjiang Police Files, die am Dienstag von einem internationalen Mediennetzwerk veröffentlicht wurden. Das Datenleck, das zuvor dem deutschen Xinjiang-Forscher Adrian Zenz zugespielt worden war, stammt direkt aus dem Inneren des verschlossenen Sicherheitsapparats: zehn Gigabyte an Po-
bar, etwa in Form von empirisch überprüfbar-
baren Dokumenten.

Sie belegen, mit welcher brutalen Methoden der chinesische Staat die Uiguren gefügig machen will. Fotos aus den Lagern zeigen offene Foltermethoden, darunter den sogenannten Tigerstuhl: Dabei wird der Gefangene über Stunden hinweg auf einem Stahllapparat fixiert, ohne sich bewegen zu können. Andere

Insassen haben offene Wunden auf ihrem Rücken, die ihnen mutmaßlich von Wärtern zugefügt wurden.

Das Datenleck zeigt ebenfalls, wie willkürlich die Uiguren zu Opfern eines Polizeistaats werden: Ein junger Mann wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt, weil er gemeinsam mit seiner Mutter eine Audiodatei auf seinem Handy abgehört haben soll, in der es um „religiöse Steuern, verschleierte Frauen und Männer mit Bärten“ ging. Eine ältere Frau wurde zu 16 Jahren verurteilt, weil sie eine „nicht genehmigte Veranstaltung“ organisiert hat. Wieder jemand anderes wurde allein deshalb in ein Lager gesteckt, weil er eine VPN-Software auf seinem Handy installiert hatte, um die chinesische Internetzensur zu umgehen.

In den veröffentlichten Polizeiakten wird auch ganz offen von einem Schießbefehl gesprochen. So heißt es über Insassen, die aus den Lagern fliehen wollen: „Wenn die Auszubildenden die Warnschüsse ignorieren und weiter versuchen zu fliehen, werden sie von der bewaffneten Polizei erschossen.“ Der frühere Chef der Kommunistischen Partei der Region, Chen Quanguo, soll sogar gesagt haben: „Erst töten, dann melden.“

Die Publikation der Dokumente ist vor allem deshalb wichtig, weil sie mit harten, von Forensikern und Journalisten überprüften Fakten das Lügengebäude der chinesischen Regierung endgültig widerlegt. Peking behauptet schließlich weiterhin, dass es sich bei den Umerziehungslagern um „freiwillige Ausbildungszentren“ handle. Auch am Dienstag stritt Außenamtssprecher Wang Wenbin wenig überraschend sämtliche Anschuldigungen kategorisch ab: Es handele sich um „anti-chinesische Kräfte“, die „Gerüchte und Lügen verbreiten“. Die Realität ist laut Pekinger Sicht eine andere: In Xinjiang würden die Menschen „in Frieden und Glück“ leben.

Michelle Bachelet wird diese inszenierte Realität in den nächsten Tagen zur Genüge zu sehen bekommen.

INFO

Zehn Millionen Menschen gehören zu der Minderheit

Minderheit Etwa zehn Millionen Uiguren leben in der westchinesischen Region Xinjiang. Das muslimische Volk ist mit den Türken verwandt und hängt dem sunnitischen Islam an. Mit rund zehn Millionen Mitgliedern ist es nach den Hui die zweitgrößte muslimische Bevölkerungsgruppe unter den 23 Millionen Muslimen in China. Uiguren leben oft in landwirtschaftlich geprägten Gegenden. Nach der Einverleibung ihres Gebiets, des ehemaligen Ostturkestan, durch China nach der kommunistischen Machtübernahme 1949 fühlen sich viele Uiguren kulturell, politisch und religiös benachteiligt.

Repression In Xinjiang sind nach Angaben von Menschenrechtlern Hunderttausende in Umerziehungslagern gesteckt worden. Chinas Führung wirft Uiguren in der Region Separatismus, Extremismus und Terrorismus vor.

Plan Die chinesische Regierung versucht seit den 90er-Jahren mit einer „Go West“-Strategie, die ärmeren und rückständigen Gebiete im Westen zu entwickeln. Damit lockt sie immer mehr Han-Chinesen aus den reichen Küstenstädten im Osten nach Xinjiang.

GRAFIK: OSM, SCHNETTLER

WISSENSDRANG

Derzeit liest man häufig solche Sätze: „Putin ist der allerletzte Rest der Rationalität verloren gegangen. Dieser Krieg kann Russland nur schaden.“ Die Autoren halten Wladimir Putins Überfall auf die Ukraine für ein Zeichen weltbedrohender Irrationalität und Unberechenbarkeit. Wenn wir nicht verstehen, was Putin tut, bedeutet das jedoch nicht, dass er Impulsen folgt und keine Folgen abwägt. Es sagt mehr über uns aus, über unsere Ängste und unser Wunschenken. Der Angriff auf die Ukraine ging vermutlich von falschen russischen Annahmen über die Ukrainer aus. Das kann man als kollektive Selbsttäuschung bezeichnen. So etwas kommt aber auch in Demokratien vor, wie der Irakkrieg zeigt. Es ist kein Beleg für Ir-

Wunschenken über Putin

Der Kremlchef folgt einer eigenen Rationalität. Viele wollten sie nicht sehen.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

rationalität oder Unberechenbarkeit, auch wenn Putin gelegentlich die Rolle des verrückten Mannes spielt. (Ein alter, von Kissinger entwickelter Trick, den Nixon und auch Trump zur Erzeugung von Ängsten strategisch angewendet haben.) Putin hat aus seiner Sicht einen zwingenden Grund für den Krieg. Die Demokratisierung des Nachbarlands bietet den Bürgern seiner tyrannischen Kleptokratie gefährliche Anreize. Der Krieg wurde daher seit vielen Jahren militärisch und durch faschistoide Propaganda in den russischen Medien vorbereitet. Auch ökonomisch durch Intensivierung der Beziehungen in die deutsche Politik. Seitdem zahlen wir den Krieg – wegen des starken Rubels heute sogar mehr als früher. Warum können gerade wir Deut-

schen schlechter erkennen als andere, wenn sich ein neuer Faschismus entwickelt? Hätten wir in der Vergangenheit mehr über die Welt lernen können, als für Frieden zu demonstrieren und „gegen rechts“ zu sein? Seit zwei Jahrzehnten beobachten wir die Entwicklung Russlands zu einer faschistischen Diktatur mit imperialen Ambitionen, die immer wieder brutal das Völkerrecht bricht. Unsere Reaktion? Das Prinzip Hoffnung. Wir haben seit Jahren alle Fakten vor den Augen, aber ziehen daraus nicht die offenkundige Folgerung, weil sie nicht in das eigene Weltbild passt.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.